

## Presseinformation

Nr. 390/2011

Kiel, 03. August 2011



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

Verhinderung der Abschiebung einer armenischen Familie

### Wolfgang Kubicki: Tigran ist ein Musterbeispiel gelungener Integration

Zur Verhinderung der Abschiebung von Tigran und seiner Familie, erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Ich bin hochofret, dass eine Lösung für Tigran und seine Familie gefunden werden konnte. Ich habe am gestrigen Tag in ausführlichen Gesprächen mit dem Justizministerium nach einer rechtstaatlich einwandfreien Lösung gesucht, damit die gut integrierten Kinder nicht in ein für sie völlig fremdes Land abgeschoben werden müssen.“ Die FDP-Fraktion habe die vorherige Entscheidung nicht akzeptieren können. Ihr Dank gelte nun dem Justizminister, dass er seine Entscheidung vom Februar 2011 vor dem Hintergrund einer seit dem 1. Juli 2011 geltenden neuen Rechtslage\* revidiert habe. Die FDP-Fraktion freue sich auch über das überschwängliche Lob der Grünen für die Entscheidung. Für pragmatische Lösungen innerhalb des geltenden Rechtsrahmens sei die FDP grundsätzlich zu gewinnen, bekräftigt Kubicki.

„Insbesondere der 14-jährige Tigran entspricht genau den Vorstellungen gelungener Integration. Auch der große Einsatz von Freunden und Bekannten der Familie lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie ihren Platz in Deutschland gefunden hat.“ Tigrans Biographie biete eindeutig ausreichend Gründe für eine Härtefallentscheidung, erklärt Kubicki abschließend.

*\*Rechtlicher Hintergrund: Seit dem 1. Juli 2011 hat sich unter anderem mit dem neuen § 25a AufenthaltG die rechtliche Situation dahin gehend geändert, dass bei gut integrierten Jugendlichen ab 15 Jahren das ausländerrechtliche Schicksal nicht mehr automatisch dem der Eltern folgt. Tigran S. vollendet im Januar 2012 das 15. Lebensjahr, verfehlt die dann mögliche Prüfung einer Aufenthaltsberechtigung also nur noch um wenige Monate. Darin lag für den Justizminister auch angesichts der Verwurzelung und Integration in die deutsche Gesellschaft neben anderen Umständen eine besondere persönliche Härte im Sinne des Gesetzes.*